



Soll bald Geschichte sein: Blick auf die einzige Schweizer Erdölraffinerie in Cressier im Kanton Neuenburg. (27. Dezember 2011)

Das Volk will weg vom Erdöl

61% der Bevölkerung glaubt, dass der Schweiz 20 Jahre für den Ausstieg aus den fossilen Energien bleiben. Die Wirtschaft fordert Flexibilität

Andrea Kučera

Fast jeder zweite Schweizer findet, unser Land müsse rasch aus den fossilen Energieträgern aussteigen. Und 61 Prozent der Befragten sind der Meinung, der Schweiz blieben höchstens 20 Jahre für den Ausstieg, sofern die Schweiz die Ziele des Pariser Klimaabkommens einhalten wolle. Dies sind die wichtigsten Resultate einer repräsentativen Umfrage des Forschungsinstituts GfS Zürich im Auftrag von WWF und Swisscleantech, die heute Sonntag publiziert wird. 1015 Personen wurden dafür interviewt.

Es ist das erste Mal, dass die Schweizer Bevölkerung zum kompletten Verzicht auf Erdöl, Erdgas und Kohle befragt wurde. Das Ergebnis ist insofern überraschend, als über den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern heute kaum debattiert wird.

«Ein starkes Signal»

Konkret stimmten 47 Prozent der Befragten der Aussage zu, die Schweiz müsse bis in 20 Jahren Alternativen für Erdöl, Erdgas und Kohle gefunden haben. Fast ein Drittel äusserte sich neutral, und 21 Prozent der Befragten wollen keinen Ausstieg aus den fossi-

len Energieträgern in diesem Zeitrahmen. Die zweite Frage ist weniger eine Willens- als eine Schätzfrage: «Wenn sich die Schweiz an den Zielen des Pariser Klimaabkommens orientiert, was glauben Sie, in wie vielen Jahren muss sie ganz aus den fossilen Energien aussteigen?» 61 Prozent antworteten, der Ausstieg müsse innerhalb von 20 Jahren erfolgen, damit die in Paris eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden könnten. Zur Erinnerung: Als 195 Staaten am 12. Dezember 2015 das Pariser Klimaabkommen unterzeichneten, einigten sie sich darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad in Bezug auf die vorindustrielle Zeit zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen gesenkt werden. Wie die Länder dies bewerkstelligen wollen, ist ihnen überlassen.

Es ist kein Zufall, dass die Umfrageresultate gerade jetzt publiziert werden: Am Montag beginnt im Nationalrat die Debatte zum CO₂-Gesetz, das die Umsetzung des Pariser Abkommens in der Schweiz regelt. «Das Resultat ist ein starkes Signal», sagt denn auch SP-Nationalrat Beat Jans, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie.

«Es zeigt, dass die Bevölkerung den Klimawandel sehr ernst nimmt und bereit ist, sich ein ambitionierteres Ziel zu setzen als im CO₂-Gesetz vorgesehen.»

Das Gesetz schreibt vor, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent in Bezug auf 1990 sinken müssen. 60 Prozent davon dürfen gemäss Gesetzesentwurf im Inland reduziert werden, 40 Prozent im Ausland. Ein Ausstieg der Schweiz aus den fossilen Energieträgern, wie in der Umfrage vorgeschlagen, würde aber bedeuten, dass die Reduktion grossmehrheitlich im Inland erfolgen müsste. Schliesslich sind Erdöl, Erdgas und Kohle für 80 Prozent des Treibhausgasausstosses in der Schweiz verantwortlich. Vor allem Gebäude werden nach wie vor mehrheitlich mit fossiler Energie beheizt.

Während linksgrüne Politiker sich auf den Standpunkt stellen, die Reduktionsziele im CO₂-Gesetz gingen zu wenig weit, fordert die Wirtschaft Korrekturen in Richtung mehr Flexibilität. In einem Brief an sämtliche Nationalrätinnen und Nationalräte verlangen Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband unter anderem, dass auf «starre Reduktionsziele für Inland und

Ausland» verzichtet wird. «Wir bekennen uns zum ehrgeizigen Ziel von minus 50 Prozent bis 2030», stellt der Direktor des Gewerbeverbandes, Hans-Ulrich Bigler, klar. Aber wie dies erreicht werde, müsse den Unternehmen freigestellt sein. «Flexibilität führt zu grösserer Wirksamkeit», ist er überzeugt.

«Effekthascherisch»

Kritisch beurteilt Bigler denn auch die GfS-Umfrage: Er halte die Aussagekraft von solch vagen Zielsetzungen für beschränkt. Zu sagen, man wolle aus den fossilen Energieträgern aussteigen, sei einfach, solange man zu den konkreten Massnahmen nicht Stellung nehmen müsse. «Das ist effekthascherisch und unrealistisch.» FDP-Energiepolitiker Christian Wasserfallen sieht dies ähnlich: «Mir ist es lieber, den Fokus auf gesellschaftlich und wirtschaftlich realisierbare Massnahmen zu setzen, statt über euphorische Zielsetzungen zu diskutieren.» Patrick Hofstetter vom WWF entgegnet, die Lösungen für eine Welt ohne fossile Energieträger, etwa Elektrofahrzeuge oder Wärmepumpen-Heizungen, seien längst auf dem Tisch. «Man muss nur wollen.»

Maillard wird höchster Gewerkschafter

Der Gewerkschaftsbund wird weiter von einem Mann präsidiert. Der Waadtländer Pierre-Yves Maillard gewinnt die Ausmarchung gegen die St. Gallerin Barbara Gysi.

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) haben am Samstag in Bern den Waadtländer SP-Staatsrat Pierre-Yves Maillard zum neuen Präsidenten gewählt. Maillard setzte sich gegen die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi durch.

Er erhielt im ersten Wahlgang 115 von 212 eingegangenen Stimmen, Gysi deren 82. Leer eingelegt wurden 15 Wahlzettel. Mit seinem Resultat übertraf Maillard das benötigte absolute Mehr um 8 Stimmen. Weitere Kandidaturen gab es nicht.

Der derzeitige Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Waadt übernimmt das Amt von Paul Rechsteiner, der im März seine Demission bekanntgegeben hatte. Rechsteiner, der für den Kanton St. Gallen im Ständerat sitzt, war fast zwanzig Jahre lang SGB-Präsident. Der fünfzigjährige Maillard will sein neues Amt zwischen Mai und Juni des kommenden Jahres antreten.

Die beiden Kandidaten hatten in einer ersten Phase des Wahlprozesses sieben Minuten Zeit, um sich vor den Delegierten zu präsentieren. Danach gab es in einer zweiten Phase eine Frageunde. Maillard hob mehrfach soziale Errungenschaften im Kanton Waadt hervor. Was dort möglich sei, könne man auch anderswo erreichen.

Maillard betonte vor den Delegierten auch, als SGB-Präsident werde er nicht als starker Mann

aufzutreten und nicht wie «ein Bulldozer» agieren. Vielmehr komme die Stärke des Gewerkschaftsbunds von unten, von der Basis.

Seine Widersacherin Gysi sagte, ihr seien drei Themen besonders wichtig: Umverteilung, die Sicherheit sozialer Netzwerke und gute Rahmenbedingungen für Frauen. Umverteilung müsse es nicht nur von oben nach unten geben, sondern auch von Hochlohnbranchen wie Versicherungen und Banken zu Tieflohnbranchen wie etwa der Pflege.

In einer dritten Phase des Wahlverfahrens äusserten sich Delegierte zu den beiden Kandidaturen. Allgemein war der Tenor, die beiden zur Wahl stehenden seien fähig. Es gab Frauen, die sich für Maillard aussprachen und Romands, die für Gysi warben; aber auch einen Ostschweizer Vertreter, der sich für Maillard einsetzte.

Für Gysi hatten sich vor der Wahl der Personalverband des Bundes, der Verband des Personals öffentlicher Dienste, die Zollgewerkschaft Garanto sowie die SGB-Frauenkommission ausgesprochen. Eine Wahlempfehlung für Maillard hatte die grösste SGB-Mitgliedorganisation, die Unia, abgegeben. Dazu kamen Syndicom und die Gewerkschaft des Verkehrspersonals.

14 Verbände gehören dem Gewerkschaftsbund an, zwei weitere sind assoziierte Angehörige des SGB. Gesamthaft zählt der Dachverband 360 000 Mitglieder.

Nach 14 Jahren in der Waadtländer Regierung kehrt Maillard zu seinen Wurzeln zurück: Von 2000 bis 2004 war er Regionalsekretär Freiburg/Waadt der Gewerkschaft SMUV, die später in der Unia aufging. (sda)



Barbara Gysi gratuliert Pierre-Yves Maillard. (Bern, 1. Dezember 2018)

Classe politique

Simonetta Sommaruga, Scharfschützin, zielt vorbei. Die Justizministerin wollte am Freitag einen Erfolg beim Grenzschutz vermelden, stolperte dabei aber über ein kleines «»: «Erster Aktionsplan zur Integrierten Grenzverwaltung erfolgreich abgeschlossen», hiess es im Titel ihres Communiqués. Doch seien Sie unbesorgt: Aktionspläne des Bundes sind in der Regel nicht totzukriegen, nicht einmal durch Abschuss. Und tatsächlich: Wenige Zeilen später kündigt Sommaruga eine Folgestrategie bis 2025 an – und dies ist nun bestimmt kein Zufallstreffer.

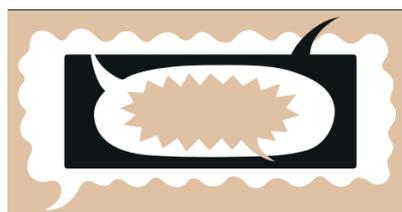
Claudio Zanetti, politischer Heckenschütze, trifft dafür ins



Simonetta Sommaruga Claudio Zanetti

Schwarze. Der SVP-Nationalrat ätzt auf Twitter bekanntlich gerne über jeden und alles, was im Bundeshaus geschieht – diese Woche zum Beispiel über Bundesratskandidatin Viola Amherd. Diese sagte in einem Interview, sie arbeite am liebsten im Hintergrund. Zanettis ebenso trockener wie treffender Kommentar: «Dann ist Bundesrat denkbar ungeeignet.»

Artenförderung mit Christoph Blocher



Showdown Stefan Bühler

Die Entwicklung lässt bei Artenschützern die Alarmglocken läuten: Der polternde SVPLer (*lat. rusticus popularis*) ist vom Verschwinden bedroht. Und das ausgerechnet bei uns, in der Schweiz. Über Jahrzehnte konnte man die auffällige Art leicht in jedem Säl in den Dorfbeizen des Deutschschweizer Mittel-

landes beobachten, an Scheunen und auf Äckern prangten Plakate von ihr. Es gab solide Bestände in Kantonsparlamenten und in den eidgenössischen Räten, sogar aus dem Bundesrat gibt es einen Nachweis. Doch jetzt ist die Spezies eindeutig im Rückgang.

Dabei ist es nicht etwa so, dass der rabiate SVPLer (*ugs. gemeiner Rechtspopulist*) von der Bevölkerung vertrieben worden wäre. Der Rückgang scheint vielmehr freiwillig vonstatten zu gehen: Christoph Mörgeli wurde von den Seinen selbst aussortiert. Ähnlich verhielt es sich mit Oskar Freysinger, der im Wallis verschollen ist. Nun macht sich auch Toni Brunner aus Bundesbern auf und davon: Seine Ehringer Kampfkühe brauchen ihn im Toggenburg, sonst sind sie zu wenig aggressiv. Ulrich Schlüer hat derweil einen neuen Auftrag im zweiten Glied erhalten. Und mit Albert Rösti steht der einst so kampfeslustigen SVP ein Präsident vor, der mit seiner bernischen Freundlichkeit glatt auch als Dirigent des Kirchenchors Ueten-

dorf durchginge; selbst Werbespots für biologischen Gute-Nacht-Tee sind konfrontativer als seine Abstimmungskampagnen. Dazu passt Ueli Maurer – ja genau: der Ueli Maurer, der die SVP als Aggressivleuder einst überhaupt erst zur Blüte brachte und sich heute als Bundesrat so staatstragend gibt, dass ihm der «Blick» allen Ernstes die Unterstützung für einen Rahmenvertrag mit der EU zutrat. Kein Wunder, kehrt Alice Weidel von der AfD der Schweiz entnervt den Rücken.

Immerhin, es gibt einen Hoffnungsschimmer – ausgerechnet dank der SRG: Mit einem notfallmässig aufgezogenen Artenförderungsprogramm hat das Schweizer Fernsehen diese Woche Christoph Blocher gleich zwei grosse Auftritte verschafft, am Montag bei «Schawinski» und am Freitag in der «Arena». Eine Blutauffrischung ist das nicht. Aber wenigstens können wir so die bedrohte Art in ihrer ursprünglichsten Ausprägung weiterhin in Ruhe beobachten. Wir werden noch unseren Grosskindern davon erzählen!